



Local Governments
for Sustainability



INCLU:DE

Supported by:

STIFTUNG
MERCATOR

TOOLBOX KLIMAGERECHTIGKEIT

Ein Leitfaden zur Stärkung
sozialer Gerechtigkeit
in kommunalen
Förderprogrammen

Inhaltsverzeichnis

ÜBER DIESE TOOLBOX	3
Die Toolbox in der Praxis: Eine Einladung zur freien Verwendung	4
Warum der Blick für soziale Gerechtigkeit im kommunalen Klimaschutz relevant ist	4
Jenseits der üblichen Verdächtigen: Zugangsbarrieren in kommunalen Förderprogrammen überwinden	4
Vier Schritte zur Schärfung sozialer Gerechtigkeit in der Entwicklung von Förderprogrammen	6
SCHRITT 1: PROGRAMMENTWURF	6
Vorbereitung und Planung	
Festlegung der Ziele und des Programmumfangs	7
Identifikation der Zielgruppe(n)	9
Aktive Einbindung der Zielgruppe in die Planung	10
Städte im Fokus: Rosario, Argentinien	12
SCHRITT 2: PROGRAMMGESTALTUNG	13
Erarbeitung zielgruppenspezifischer Förderrichtlinien	
Berücksichtigung von Beteiligungshürden in der Programmgestaltung	14
Minimierung finanzieller Beiträge für Haushalte mit niedrigem Einkommen	16
Städte im Fokus: Ludwigsburg, Deutschland	18
SCHRITT 3: UMSETZUNG & KOMMUNIKATION DES PROGRAMMS	19
Effektive Informations-weitergabe und Öffentlichkeitsarbeit	
Sicherstellung eines unkomplizierten Antragsverfahrens	20
Ansprechende Kommunikation von Programminformationen	21
Städte im Fokus: Almada, Portugal	23
SCHRITT 4: PROGRAMMBEWERTUNG & -WEITERENTWICKLUNG	24
Monitoring, Datenerhebung und Verstetigung	
Beobachtung von Indikatoren	25
Verstetigung neu gewonnener Erkenntnisse	27
Berichterstattung und Kommunikation von Ergebnissen	27
Städte im Fokus: Dortmund, Deutschland	28
LITERATURHINWEISE	29
DANKSAGUNG UND COPYRIGHT	30



Über diese toolbox

Diese Toolbox richtet sich an Mitarbeitende von Kommunen und besonders an städtische Fachkräfte, die an der Entwicklung von Förderprogrammen in ihren Abteilungen beteiligt sind. Sie konzentriert sich speziell auf kommunale Förderprogramme, die mit dem Ziel erstellt werden, den Klimaschutz in Städten voranzutreiben. Übergeordnetes Ziel der Schärfung sozialer Gerechtigkeit in Klimaschutzprogrammen ist es,

benachteiligten Gruppen einen besseren Zugang zu klimaschützenden Maßnahmen und Technologien zu ermöglichen - zum Beispiel in den Bereichen erneuerbare Energien und nachhaltige Mobilität. Die vorgestellten Schritte und Überlegungen zur sozialen Gerechtigkeit sind jedoch auch für Förderprogramme relevant, die den Zugang zu nachhaltigen Lebensstilen übergreifend fördern oder andere Themenfelder berühren.

WAS SIND KOMMUNALE FÖRDERPROGRAMME?



Ein kommunales Förderprogramm ist ein **kommunaler Zuschuss oder ein allgemeiner finanzieller Anreiz**, der den Einwohner:innen als direkte Zahlungen, Rabatte oder andere Arten von finanziellen Vorteilen zugutekommt. Sie zielen oft auf die Förderung eines breiteren sozialen Anliegens wie Stadt- und Quartiersentwicklung oder Umweltschutz ab. Solche Förderprogramme sind oft in die langfristigen lokalen Strategien und Aktionspläne eingebettet, die vom Stadtrat verabschiedet werden, und können verschiedene Fördermaßnahmen und -gegenstände umfassen.

Im Rahmen der kommunalen Klimaschutzmaßnahmen bieten Förderprogramme in der Regel finanzielle Anreize für Bürger:innen, in erneuerbare Energien, energieeffiziente Gebäudesanierungen oder nachhaltige Mobilitätsoptionen zu investieren. Da Energie und Gebäude Schlüsselsektoren für die Erreichung von CO₂-Reduktionszielen sind, richtet sich ein großer Teil der kommunalen Förderprogramme an Haus- und Grundstückseigentümer. Förderprogramme in diesen Sektoren gibt es auch auf regionaler und nationaler Ebene, mitunter ebenfalls an Einzelpersonen gerichtet, so dass kommunale Förderprogramme und ihre Ziele in einen größeren politischen Kontext eingebettet werden können.

Was die Terminologie betrifft, so ist es wichtig, zwischen größeren *Förderprogrammen*, beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien, und verschiedenen spezifischen *Fördermaßnahmen* zu unterscheiden. Jedes dieser Programme unterliegt spezifischen *Förderrichtlinien*, die die Förderfähigkeit, die Förderkriterien und andere Regelungen festlegen.

Die Toolbox in der Praxis: Eine Einladung zur freien Verwendung

Die Climate Equity Toolbox ist entlang vier wesentlicher Schritte gegliedert und führt städtische Mitarbeitende durch den Prozess einer sozial gerechteren Gestaltung von Förderprogrammen. Die vorgestellten Instrumente und Ressourcen sind das Ergebnis der Zusammenarbeit und des intensiven Austauschs mit städtischen Angestellten und anderen Beteiligten. Diese Toolbox soll nicht als umfassender Leitfaden für die Einführung

neuer Förderprogramme dienen. Leser:innen sind vielmehr eingeladen, sich zu einer sozial gerechten Gestaltung neuer Förderprogramme sowie zur Weiterentwicklung bestehender Programme inspirieren zu lassen. Der Inhalt ist so aufgebaut, dass er im Gesamten entlang der vorgestellten vier Schritte der Programmentwicklung genutzt werden kann, während einzelne Teile und Ressourcen - zum Beispiel zu den Themen Kommunikation oder Monitoring eines Förderprogramms - auch frei entnommen und flexibel an spezifische Anforderungen angepasst werden können. Um die Informationen so



übersichtlich wie möglich zu präsentieren, wird jeder Schritt in einem eigenen Kapitel dargestellt, das eine farblich abgesetzte Zusammenfassung, Grafiken und Übersichten, eine Checkliste sowie ein Fallbeispiel zur Veranschaulichung enthält.

Das Streben nach sozial gerechten Förderprogrammen kann herausfordernd erscheinen. Was bedeutet Gerechtigkeit konkret, wer sind die Zielgruppen, welche Bedürfnisse haben sie, und wie hängen diese mit den Zielen des Klimaschutzes zusammen? Diese Climate Equity Toolbox soll städtische Mitarbeitende dazu ermutigen und befähigen, erste Schritte zu gehen und konkrete Maßnahmen und Fördermaßnahmen in ihrem Einflussbereich zu verbessern. Gleichzeitig soll sie das Bewusstsein schärfen und Mut stärken, soziale Gerechtigkeit im Rahmen des kommunalen Klimaschutzes aktiv zu fördern.

Warum der Blick für soziale Gerechtigkeit im kommunalen Klimaschutz relevant ist

Klimaschutzmaßnahmen und damit verbundene finanzielle Anreize richten sich oft explizit an Menschen mit einem CO₂-intensiven Lebensstil, der häufig mit einem höheren sozioökonomischen Status und Bildungsniveau einhergeht¹. Dies bedeutet jedoch im Umkehrschluss, dass Personen und Gruppen mit niedrigerem Einkommensniveau tendenziell weniger von solchen Programmen und den damit verbundenen Vorteilen - wie beispielsweise dem Zugang zu neuen Technologien und Initiativen - profitieren. Förderprogramme, die auf Individuen und Haushalte zugeschnitten sind, können für lokale Entscheidungsträger und Fachpersonal wertvolle Instrumente sein, um eine gerechte Verteilung öffentlicher Mittel sicherzustellen und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen aktiv in die sozialökologische Transformation einzubeziehen.

Solche Bemühungen um integrative, grüne und lebenswerte Städte, die allen Bewohner:innen gerecht werden, stehen im Kontext von übergreifenden Leitlinien für eine integrierte Stadtentwicklung wie der [Neuen Leipzig-Charta](#) (2020), die die

Grundlage für die Politikgestaltung in deutschen und europäischen Städten bildet, sowie dem [Ziel 11](#) der UN-Nachhaltigkeitsziele ("Integrative, sichere, widerstandsfähige und nachhaltige Städte und Gemeinden").

Jenseits der üblichen Verdächtigen: Zugangsbarrieren in kommunalen Förderprogrammen überwinden

Förderprogramme, die tatsächlich soziale Gerechtigkeit und Eingliederung *stärken*, müssen so gestaltet sein, dass sie die besonderen *Bedürfnisse* und *Herausforderungen* strukturell benachteiligter Gesellschaftsgruppen berücksichtigen. Traditionell sind Förderprogramme mit einem umfangreichen Antragsverfahren verbunden und so konzipiert, dass die Antragsteller für bereits geleistete Zahlungen entschädigt werden. Während ein Fehlen bürger:innennaher Strukturen sowie komplizierte Antragsprozesse bereits viele Personen von der Teilnahme abschrecken, können Anforderungen wie ein hoher Eigenanteil und noch höhere Vorauszahlungen wirtschaftlich benachteiligte Gruppen gänzlich ausschließen. Darüber hinaus kann eine mögliche Verrechnung von Fördergeldern mit Sozialleistungen bei Antragstellenden sowie auch bei städtischen Mitarbeitenden Unsicherheit auslösen².

Die Gestaltung von Förderprogrammen unter Berücksichtigung von Gerechtigkeitsprinzipien bedeutet, dass die Bedürfnisse und Lebenserfahrungen aller Individuen und Gruppen berücksichtigt werden müssen. Dies setzt Offenheit voraus, Prozesse zu überdenken und neue Perspektiven zu verstehen. Ein ganzheitlicher und kollaborativer Ansatz kann dabei helfen, auch Gruppen jenseits der 'üblichen Verdächtigen' zu erreichen und kommunale Förderprogramme gerechter zu gestalten.

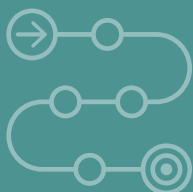
¹ Adua (2022); Akenji et al. (2021); Oehlmann et al. (2021).

² Eine detaillierte Auseinandersetzung mit dieser spezifischen Problematik findet sich hier: [ICLEI \(2024\): Chancengleichheit im Klimaschutz. Policy Paper zur gerechten Teilhabe von Grundsicherungsempfänger:innen an kommunalen Förderprogrammen.](#)



Vier Schritte zur Schärfung sozialer Gerechtigkeit in der Entwicklung von Förderprogrammen

SCHRITT 1: PROGRAMMENTWURF



- **Klare Festlegung der Ziele und des Umfangs** des Programms sowie **Bestimmung** relevanter **Zielgruppen** anhand der verfügbaren Daten und entsprechender **Indikatoren**.
- Nutzung kooperativer Ansätze, um **diese Gruppen frühzeitig einzubinden**, ihre jeweiligen Bedürfnisse und Herausforderungen zu ermitteln und festzustellen, welche Art von Programm für sie am besten geeignet ist.

SCHRITT 2: PROGRAMMGESTALTUNG



- Gestaltung des Programms entsprechend den **Bedürfnissen der Zielgruppe** und unter Berücksichtigung der **strukturellen Hindernisse**, denen sie ausgesetzt sein könnten.
- Integration relevanter **sozialer Komponenten** in die **Förderrichtlinien**, um die Beteiligung der Zielgruppe zu erleichtern.

SCHRITT 3: UMSETZUNG & KOMMUNIKATION DES PROGRAMMS



- **Vereinfachung des Antragsverfahrens** und aller **Kommunikationsmaterialien**, sodass eine leichte Zugänglichkeit und eine klare, integrative Sprache für unterschiedliche Empfänger:innen gewährleistet wird.
- **Verbreitung von Programminformationen** über verschiedene Kanäle und vertrauenswürdige Botschafter, um das Interesse an dem Förderprogramm zu wecken.

SCHRITT 4: PROGRAMMBEWERTUNG & -WEITERENTWICKLUNG



- Überprüfung der im Programmentwurf festgelegten Indikatoren und Ziele sowie Zusammenarbeit mit Teilnehmer:innen, um **Daten zu sammeln** und **konkrete Ergebnisse nachzuvollziehen**.
- Transparente Kommunikation der Ergebnisse und **Konsolidierung der Erkenntnisse**, die für künftige Projekte in der gesamten Stadtverwaltung von Nutzen sein könnten.

Inhaltlich ist diese Toolbox entlang von vier zentralen Schritten strukturiert. Leserinnen und Leser sind jedoch eingeladen, aktiv mit dem Dokument zu arbeiten und einzelne Teile und Ressourcen frei zu entnehmen – beispielsweise solche zur Gestaltung von Förderrichtlinien mit sozialen Komponenten, zur Kommunikation von Förderprogrammen oder zur Nachverfolgung von Ergebnissen im Bereich der Chancengleichheit.



SCHRITT 1: PROGRAMMENTWURF

Vorbereitung und Planung

Ein **systematischer und umfassender Ansatz in der Programmplanung** umfasst mehrere wichtige Schritte, die oft gleichzeitig und nicht zwingend nacheinander erfolgen. Dazu gehören:

- Festlegung des allgemeinen Ziels und des geografischen Schwerpunkts
- Identifizierung von Anknüpfungspunkten für die Einbeziehung der sozialen Gerechtigkeit
- Kontaktaufnahme mit anderen zuständigen Abteilungen und Sicherstellung politischer Unterstützung
- Festsetzung des finanziellen Rahmens des Programms
- Ausrichtung der Bemühungen an städtischen Leitlinien und Aktionsplänen
- Festlegung eines Zeitplans, eines Budgets und eines Mechanismus zum Projektmanagement
- Festlegung von Zielen und Auswahl von Basis-, Programmgerechtigkeits- und Sozial-Indikatoren
- Identifizierung und Einbindung der Zielgruppen

Mögliche **Zielgruppen** für sozial gerechtere Förderprogramme sind unter anderem:

- Haushalte mit geringem Einkommen
- Bewohner:innen von benachteiligten Stadtteilen oder Quartieren
- Mieter:innen
- Familien und Alleinerziehende
- Menschen, die aufgrund von Sprachbarrieren und kulturellem Hintergrund ausgegrenzt werden
- Seniorinnen und Senioren
- Menschen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität

Um sicherzustellen, dass das Programm den Bedürfnissen der Zielgruppe gerecht wird, ist es wichtig, **die Zielgruppen systematisch** und ergebnisoffen in die Programmvorbereitung **einzubeziehen**. Um bei der Arbeit mit der örtlichen Bevölkerung ein umfassendes Verständnis zu erlangen, kann es hilfreich sein, eine Mischung aus qualitativen und quantitativen Methoden anzuwenden (z. B. Umfragen, Interviews, Fokusgruppen und Co-Design-Workshops).

ZENTRALE ERKENNTNIS



“Begegnungen auf Augenhöhe”

Es gibt eine Vielzahl von Gruppen, die von gezielter Unterstützung und Aufmerksamkeit für ihre besonderen Bedürfnisse und Herausforderungen profitieren können. Um Programme zu entwerfen, die effektiv auf diese Herausforderungen eingehen, ist es wichtig, sichere und zugängliche Räume zu schaffen, in denen die Bewohner:innen ihre Bedürfnisse, Hoffnungen, Ängste und Emotionen offen mitteilen und ihre Bedenken und ihr Feedback frei äußern können. Eine aktive Einbindung in verschiedenen Formaten (digital, analog, persönlich) während der Programmplanung und darüber hinaus ermöglicht es den Zielgruppen, sich einzubringen und mitzugestalten.

LEITFRAGEN



- *Was ist der Umfang und das übergreifende Ziel des Förderprogramms?*
- *Was sind potenzielle Indikatoren, um den Erfolg zu messen?*
- *Wer ist die Zielgruppe?*
- *Wie sollen die Bedürfnisse der Zielgruppe erhoben und in die Programmplanung integriert werden? Welche Beteiligungsformate können genutzt werden?*
- *Mit wem kann das Programmteam während der Planung, der Implementierung und dem Monitoring zusammenarbeiten (z.B. Abteilungen innerhalb der Stadtverwaltung, Zivilgesellschaft, lokale NGOs oder Unternehmen...)?*

Festlegung der Ziele und des Programmumfangs

Bei der Entwicklung eines Förderprogramms und der Festlegung von Förderrichtlinien ist es entscheidend, klar zu definieren, welche **übergeordneten Ziele** im Klimaschutz adressiert werden sollen, den **geografischen Fokus** festzulegen und **Ansatzpunkte für soziale Gerechtigkeit** zu identifizieren. Geht es der Stadt um klimafreundliche Mobilität, die Förderung erneuerbarer Energien oder die Verbesserung der Lebensbedingungen in einem bestimmten Viertel, der ganzen Stadt oder sogar einer größeren Region? Eine Messung der sozialen Gerechtigkeit im städtischen Kontext kann aufzeigen, welche Maßnahmen erforderlich sind und welche Programme die Lebensbedingungen der Bewohner verbessern können. Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema soziale Gerechtigkeit auf städtischer Ebene kann aufzeigen, welche Anstrengungen erforderlich sind und welche Programme zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Einwohner:innen führen könnten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich bewusst zu machen, dass ein großer Teil der Förderprogramme im Klimaschutz ausschließlich auf Hausbesitzer zugeschnitten ist, z. B. in Form von Zuschüssen für die energetische Sanierung oder für Solaranlagen auf Dächern, und nur begrenzte Möglichkeiten vorhanden sind, einkommensschwache Haushalte zu erreichen. Eine Möglichkeit, den Aspekt der sozialen Gerechtigkeit in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, ist die Einführung ergänzender Förderprogramme, z. B. für Balkon-Solaranlagen, die diese Lücke schließen und es auch Mieter:innen ermöglichen, sich an der Energiewende zu beteiligen.

Die finanziellen und personellen Kapazitäten zur Gestaltung und Verwaltung eines kommunalen Förderprogramms hängen in hohem Maße von den organisatorischen und politischen Rahmenbedingungen des Programms ab. Die Abstimmung mit **städtischen Grundsatzprogrammen und Aktionsplänen** ist daher eine wichtige Voraussetzung für die Festlegung des Umfangs und der Dimensionen des Programms. Ebenso sind die **Zusammenarbeit mit relevanten Abteilungen** wie Sozial- und Integrationsämter, das Sicherstellen **politischer Unterstützung** sowie die Förderung von Überlegungen zur sozialen Gerechtigkeit in städtischen Leitungsgremien (z. B.

im Stadtrat und bei anderen Interessengruppen) entscheidend, um Planungssicherheit zu schaffen. Ein entscheidender Schritt für den Erfolg des Programms ist die Festlegung und **Sicherung des finanziellen Mittel** für das Programm durch interne Priorisierungsprozesse im Haushalt. Stehen keine kommunalen Mittel für den Start eines Programms zur Verfügung, kann die Erschließung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten - wie regionale, nationale oder internationale Finanzierungsquellen und Projekte - eine praktikable Lösung zur Finanzierung eines Programms und des benötigten Personals sein. Nach Abschluss der Vorbereitungen ist der nächste wichtige Schritt die Festlegung eines realistischen **Zeitplans, eines Budgets und eines Projektmanagement-Mechanismus**. Überlegungen zu Schritten wie der klaren Zuweisung von Zuständigkeiten unter den städtischen Mitarbeitenden sowie die strategische Planung von Aufgaben und Instrumenten für die Programmdurchführung sind entscheidend, um eine effektive Umsetzung sicherzustellen.



© Hispanolistic, iStock



In dieser Phase ist es wichtig, **klare Ziele festzulegen** und diese in **messbare Indikatoren zu überführen**, anhand derer der Erfolg des Programms bewertet werden kann (mehr dazu in Schritt 4).

Dabei lassen sich **drei Arten von relevanten Indikatoren** identifizieren, die auf unterschiedlichen Ebenen zur Information und Nachverfolgung des Programms beitragen:

1. *Basis-Indikatoren*, die die allgemeinen Ziele des Förderprogramms widerspiegeln und messen (z. B. Anzahl der Haushalte, die an einem Balkonsolar-Förderprogramm teilnehmen; Gesamtzahl oder der Prozentsatz der durch das Programm erzielten Verringerung der CO₂-Emissionen).
2. *Programmgerechtigkeits-Indikatoren* zur Bewertung der Programmergebnisse und der umgesetzten Maßnahmen zur sozialen Gerechtigkeit (z. B. Anzahl der Haushalte mit niedrigem Einkommen, die an einem Balkonsolar-Förderprogramm teilnehmen; Anzahl der Förder- und Antragsrichtlinien, die im Sinne der Inklusivität geändert wurden).
3. *Sozial-Indikatoren*, um Zielgruppen zu identifizieren und die breiteren Auswirkungen der städtischen Gleichstellungsmaßnahmen nachzuvollziehen (z. B. Anzahl oder Prozentsatz der Haushalte mit Zugang zu Solarenergie in bestimmten Bezirken; Energiebelastung: Prozentsatz des Einkommens, den Haushalte für Energierechnungen pro Stadtbezirk zahlen).

Abhängig von der Ausrichtung des geplanten Förderprogramms und der Verfügbarkeit der Daten ermöglicht die Auswahl von Indikatoren aus diesen drei Gruppen, Verbesserungen (und notwendige Verfeinerungen) im Zusammenhang mit der Einführung eines Förderprogramms umzusetzen. Die Indikatoren sind sowohl über einen definierten Zeitraum (z. B. im Jahresvergleich) als auch im Hinblick auf die Laufzeit des Förderprogramms (vor/nach der Umsetzung des Programms) relevant.



© Branimir76, iStock

In diesem Zuge sollte sichergestellt werden, dass die Sozial-Indikatoren nach demografischen Faktoren wie Einkommen, Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt werden können, da dies hilft, strukturelle Ungleichheiten zu identifizieren. Der Prozess der Identifizierung und Verfeinerung dieser Indikatoren erstreckt sich über alle Phasen der Programmentwicklung, da er eng mit der Datenerhebung während des Antragsprozesses verknüpft ist und die Kommunikationsmaßnahmen im Rahmen des Förderprogramms beeinflusst.



Identifikation der Zielgruppe(n)

Ein zentraler Aspekt zur Einbindung von Gerechtigkeitskomponenten in ein Förderprogramm besteht darin, die Zielgruppe(n) genau zu definieren und ein klares Verständnis für die Lebensrealitäten der Bevölkerung zu entwickeln. **Sozial gerechte Klimamaßnahmen** zielen darauf ab, jene **gezielt zu unterstützen**, die entweder am stärksten unter den Folgen des Klimawandels leiden oder besondere Hürden bei der Umsetzung klimafreundlicher Maßnahmen überwinden müssen. Damit soll schlussendlich der Zugang über die 'üblichen Verdächtigen' hinaus erweitert werden³.

Konkretes Ziel ist es, sicherzustellen, dass:

- Die **unterschiedlichen Lebensrealitäten**, Bedürfnisse und finanziellen, sprachlichen oder körperlichen Fähigkeiten aller Bewohner:innen und Gruppen **anerkannt und berücksichtigt werden**; und
- Die öffentlichen Gelder für den Klimaschutz **gerecht** auf alle Bevölkerungsgruppen **verteilt** werden.

Um festzustellen, welche Gruppen unterstützt werden können und wie gezielt die Unterstützung auf ihre Bedürfnisse abgestimmt werden kann, ist der Zugang zu demografischen Daten entscheidend. Eine enge Zusammenarbeit mit städtischen Abteilungen wie dem Wohnungsamt oder den Sozialdiensten kann diese Datengrundlage stärken.

Ein bewährter Ansatz, um Klimamaßnahmen besser erschwinglich und Kostenvorteile energieeffizienter Lösungen breit nutzbar zu machen, besteht darin, **Haushalte mit niedrigem Einkommen** zu fördern. Diese Zielgruppe wird im Regelfall durch eine bestimmte Einkommensgrenze definiert oder durch Teilnahme an staatlich geförderten Sozialprogrammen (z. B. Wohngeld, Lebensmittelhilfen, Studiendarlehen). Je nach **geographischer Struktur** können Förder-

programme auch auf städtische Gebiete mit hoher Sozialwohnungsdichte oder auf Stadtteile mit einem hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte ausgerichtet werden, die oft durch Postleitzahlen oder Bezirksgrenzen definiert sind. Auch die Differenzierung unterschiedlicher **Wohnverhältnisse**, wie Eigentum oder Miete, können die Mittelverteilung beeinflussen, um eine gerechte Vergabe kommunaler Fördergelder zu gewährleisten.

Familien oder Alleinerziehende können aufgrund ihrer erhöhten finanziellen Belastung und ihrer sozialpolitischen Bedeutung auch für spezielle Förderungen - zum Beispiel für Lastenfahräder - in den Blick genommen werden. Zudem haben **spezifische Zielgruppen** wie Frauen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen statistisch gesehen eher mit Energiearmut zu kämpfen und sind in einigen Fällen als erste von den negativen Auswirkungen des Klimawandels betroffen, so dass finanzielle Unterstützung in ihre Richtung gelenkt werden könnte⁴. Schließlich können **stadtspezifische demografische Strukturen** auch andere Gruppen wie Geflüchtete, Menschen mit Migrationshintergrund und indigene Gruppen umfassen, die unverhältnismäßig stark von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Die Intersektionalität⁵ gelebter Erfahrungen und die Verflechtung verschiedener sozioökonomischer Faktoren gilt es in diesem Zuge gleichermaßen einzubeziehen. Daher sollten die Programme idealerweise so zugeschnitten sein, dass sie auf die vielfältigen, sich überschneidenden strukturellen Benachteiligungen von Einzelpersonen und Gruppen in jeder Stadt eingehen.

Da Förderprogramme finanzielle Unterstützungsmaßnahmen darstellen, ist das Einkommensniveau in der Regel ein erster Anhaltspunkt zur Identifizierung der Zielgruppen und zur gezielten Ausrichtung der Unterstützung auf bestimmte Gruppen oder Stadtteile. Nach dieser Logik können einkommensschwache Haushalte durch höhere Förderbeträge oder spezielle Fördertöpfe direkt angesprochen

3 Bouyé et al. (2021)

4 Gu (2023); Robinson (2019)

5 Für ein umfassendes Verständnis dieses Begriffs und einen Einblick in den aktuellen Forschungsstand bietet der folgende Blogpost [What does gender+ mean?](#) des acting Projekts hilfreiche Informationen



werden. Um weiteren Aspekten gerecht zu werden, kann der allgemeine Aufbau und die Kommunikation eines Förderprogramms so gestaltet werden, dass Zugangsbarrieren für andere Gruppen, wie sprachlich isolierte Personen oder Menschen mit Behinderungen, abgebaut werden und diese stärker unter den Teilnehmenden vertreten sind.

Ausgehend von den zuvor definierten Zielgruppen sollten die **strukturellen Hürden und spezifischen Bedürfnisse** im Hinblick auf Zugang und persönliche Beteiligung genau untersucht werden.

Diese können wie folgt aussehen:

- **Unzureichende digitale und physische Infrastruktur** oder mangelnder Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen (z. B. fehlender Drucker oder Computer oder eingeschränkt bzw. nicht rollstuhl-/kinderwagengerechte Verkehrsmittel und Gebäude, um Dienstleister zu erreichen);
- Eine erhöhte Belastung durch **komplizierte administrative und bürokratische Verfahren** (verschärft durch Bildungs- oder Sprachbarrieren);
- Die Herausforderung, **Vorauszahlungen** zu leisten (auch wenn diese später zurückerstattet werden) und die Ungewissheit hinsichtlich eines Abzugs von anderen Sozialleistungen;
- **Mangelnder Kontakt** und technisches Wissen über den geförderten Gegenstand; und
- **Fehlendes Bewusstsein** darüber, dass das Förderprogramm überhaupt existiert.



© Amelie Mourichon, Unsplash

Auch wenn diese Herausforderungen den Start des Förderprogramms nicht grundlegend beeinträchtigen, können sie zu einer geringen Teilnahme strukturell benachteiligter Gruppen führen. Wenn die Fördermittel schnell aufgebraucht sind, ohne dass die beabsichtigte Zielgruppe erreicht wird, können die zuvor festgelegten Ziele im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit unwirksam werden, und die gewünschte Wirkung verfehlt. Um dies zu vermeiden, ist es entscheidend, die Zielgruppen bereits in der Vorbereitungsphase systematisch und ergebnisoffen einzubeziehen.

Aktive Einbindung der Zielgruppe in die Planung

Bevor die identifizierte Zielgruppe (**WER**) einbezogen wird, ist es wichtig, sich Gedanken darüber zu machen, welche Informationen (**WAS**) für die Programmgestaltung essentiell sind und durch welche Formate (**WIE**) die Beteiligung erfolgen soll.

Um die Teilnahme zu erhöhen und sicherzustellen, dass das Programm den Zielgruppen tatsächlich

zugute kommt, ist es entscheidend, ihre Prioritäten, spezifischen Bedürfnisse und damit verbundenen Herausforderungen zu verstehen. Diese Herausforderungen können sowohl unmittelbar (in Bezug auf die Teilnahme am Förderprogramm) als auch langfristig (im Hinblick auf strukturelle Barrieren) bestehen. Um bei der Arbeit mit den Bevölkerungsgruppen ein umfassendes Verständnis



zu erlangen, kann es hilfreich sein, eine Mischung aus qualitativen und quantitativen Methoden wie etwa **Umfragen und Interviews, Fokusgruppen** (moderierte Diskussionsrunden) oder sogar **Co-Design-Workshops anzuwenden**⁶.

Es erfordert Zeit und Engagement, Vertrauen zu den Zielgruppen aufzubauen und ihre aktive Teilnahme an den Aktivitäten sicherzustellen. Die Beratung und Zusammenarbeit mit respektierten Persönlichkeiten aus der Zielgruppe ist ein effektiver Weg, um in den frühen Phasen der Programmentwicklung wertvolles Feedback und Ideen zu sammeln. Solche **'Multiplikatoren'** können helfen, Vertrauen innerhalb der Bevölkerung zu gewinnen, geeignete Kommunikationskanäle zu identifizieren und langfristige Netzwerke aufzubauen. Dies ist von besonderer Bedeutung, wenn Personen und Gruppen Erfahrungen mit Isolation und sozialer Ausgrenzung gemacht haben. Eine offene Kommunikation der Ziele und Ergebnisse der Zielgruppenkonsultation ist entscheidend, um den Erwartungen der Gesprächspartner:innen realistisch zu begegnen. Hier werden die Weichen gestellt für die zukünftige Zusammenarbeit mit der Bevölkerung über das spezifische Förderprogramm hinaus.

Die Bereitschaft zur **Mitgestaltung** und der **Aufbau langfristiger Kontakte** und **Netzwerke** sind bereits die ersten Schritte, um strukturell benachteiligten Gruppen den Zugang zu kommunalen Maßnahmen zu ermöglichen und sie in Programme und Projekte einzubeziehen. Eine aktive Einbindung der Zielgruppe geht allerdings über die Information über Maßnahmen und punktuelle Beratungsgespräche hinaus und gestaltet sich durch langfristige Partnerschaften, ständigen Dialog, iterative Prozesse und gemeinsame Entscheidungsfindung zwischen den Bevölkerungsgruppen und der Stadt.

Es gibt verschiedene **potenzielle Beteiligungsformate** für Zielgruppen auf unterschiedlichen Ebenen. Das Experimentieren mit verschiedenen Formen der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung sowie die Förderung von Eigeninitiative und Feedbackformaten, kann das Förderprogramm verbessern und zu einem langfristigen Engagement führen. Diese Herangehensweise kann das Bewusstsein für die übergreifenden Klimaziele einer Stadt und die Relevanz für gezielte Förderprogramme schärfen und so dazu beitragen, eine Grundlage für weitere sozial gerechte Klimamaßnahmen in der Zukunft aufzubauen.



Abbildung 1. Strategien für effektive Einbindung der Bevölkerung⁷

6 OECD (2022)

7 Angepasst von McGinn (2009:22f) und ergänzt durch Erkenntnisse des INCLU:DE Projekts.





© Stadt Rosario

Auswahl der Zielgruppen für gezielte Unterstützungsmaßnahmen

Die Stadt Rosario fokussiert ihre Bemühungen zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit auf die spezifische **demografische** Zusammensetzung der Stadt und passt Programme und Initiativen an die besonderen **Bedürfnisse und Fähigkeiten** der lokalen Bevölkerung an. In diesem Zusammenhang wurden drei zentrale Zielgruppen identifiziert:

1. Bevölkerungsgruppen, die dem Klimarisiko besonders ausgesetzt sind

Durch die Anwendung von **Geolokalisierungsmethoden** und den Abgleich mit **Klimarisikokarten** konzentriert sich die Stadt auf die Bevölkerung in den am stärksten gefährdeten Vierteln. Diese Stadtteile sind besonders anfällig für extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen und Überschwemmungen, weshalb sie im Mittelpunkt der städtischen Bemühungen zur Verbesserung der Wasser- und Abwasserinfrastruktur stehen. Darüber hinaus entwickelt die Stadt spezifische Initiativen und Unterstützungsmaßnahmen für die Abfallwirtschaft, da die herkömmliche Versorgung in diesen Vierteln oft nicht möglich ist.

2. Frauen in Außenbezirken der Stadt

Die Stadtverwaltung kooperiert zudem eng mit Frauen, die den Lebensunterhalt ihrer Familien mit der Produktion von biologischen Lebensmitteln im 'Grünen Gürtel' der Stadt verdienen. Dadurch werden **wirtschaftliche und geografische Aspekte** in der Zielgruppenidentifikation miteinander verknüpft. Neben der Einführung lokaler Vorschriften zum Schutz der landwirtschaftlichen Produktion hat die Stadt Maßnahmen ergriffen, die sich auf die Unterstützung von Frauen mit Blick auf den Verkauf und die Qualität ihrer Produkte fokussieren. Mit gezielten Programmen will die Stadt den wirtschaftlichen Zugang für Frauen verbessern und gleichzeitig den ökologischen Wandel der lokalen Landwirtschaft vorantreiben.

3. Informell Beschäftigte

Schließlich hat die Stadt die örtlichen Abfallsammler:innen als relevante Zielgruppe im Zusammenhang mit der lokalen Kreislaufwirtschaft und der Abfallbewirtschaftung identifiziert. Die Stadt unterstützt diese Gruppe durch eine Reihe von Aktivitäten zur Lebensmittelverwertung auf Obst- und Gemüsemärkten und bezieht sie aktiv in die Aufbereitung der wiederverwertbaren Abfälle der Stadt ein. Durch die **Berücksichtigung der Erfahrungen und Bedürfnisse** der lokalen Gruppen schafft es die Stadt, sinnvolle Programme zur Unterstützung der vorgestellten Zielgruppen zu entwickeln.



SCHRITT 2: PROGRAMMGESTALTUNG

Erarbeitung zielgruppenspezifischer Förderrichtlinien



Um Programme zugänglicher und integrativer zu gestalten, kann eine **zielgruppenspezifische Ausrichtung** durch folgende Mechanismen der Programmgestaltung umgesetzt werden:

- Staffelung des Förderbetrags in Abhängigkeit vom Einkommen
- Priorisierung unterrepräsentierter Gruppen im Genehmigungsverfahren
- Kontingentierung des Finanzierungsvolumens (zielgruppenspezifische Fördertöpfe)
- Exklusive, gezielte Förderung einer Gruppe
- Hinzufügen von Bonusprämien und Anreizen
- Bereitstellung von ergänzenden Beratungs- und Serviceangeboten, die leicht erreichbar sind oder sich in unmittelbarer Nähe befinden

Darüber hinaus können die folgenden Maßnahmen speziell die **Beteiligung von Haushalten mit niedrigem Einkommen** weiter fördern:

- Minimierung oder Abschaffung von Eigenanteilen der Antragstellenden
- Abschaffung der Praxis von Vorauszahlungen und des Zahlungsverkehrs allgemein
- Ermöglichung von Ratenzahlungen und/oder direkten Rabatten (Gutscheine)
- Ermöglichung des Kaufs von gebrauchten Gegenständen oder des Leasings
- Übernahme der Kosten für ergänzendes Zubehör oder Installation
- Sicherung einer kontinuierlichen Beratung auch nach Ende der Förderperiode

ZENTRALE ERKENNTNIS



“Weniger ist mehr”

Weniger Schritte im Antragsverfahren und ein geringerer zeitlicher, finanzieller, materieller und kognitiver Aufwand für die Teilnahme am Förderprogramm reduzieren die Hürden insbesondere für jene Gruppen, die in ihrem Alltag Benachteiligung erfahren. Die Integration sozial gerechter Gestaltungsprinzipien, die die spezifischen strukturellen Herausforderungen dieser Gruppen berücksichtigen, kann den Zugang zu Förderprogrammen erleichtern und deren Teilnahme signifikant erhöhen.

LEITFRAGEN



- *Wie wird eine soziale Komponente in die Förderstrukturen integriert?*
- *Was sind die Herausforderungen der Zielgruppe und wie werden sie berücksichtigt?*



Berücksichtigung von Beteiligungshürden in der Programmgestaltung

Neben einer kollaborativen Entwicklung eines Förderprogramms stellt die Einbettung spezifischer Gerechtigkeitskomponenten in die Förderrichtlinien sicher, dass es auf die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen der Zielgruppen zugeschnitten ist.

Das allgemeine Ziel eines kommunalen Klimaschutz-Förderprogramms ist es, die lokale Akzeptanz einer

bestimmten klimafreundlichen Technologie oder Maßnahme zu erhöhen. Dies kann zum einen als Anreiz dienen und das Interesse an klimafreundlichen Lösungen wecken, zum anderen auch die Möglichkeit bieten, den Zugang für ökonomische benachteiligte Gruppen zu erleichtern, die sich sonst Investitionen in neue Technologien oder Änderungen des Lebensstils nicht leisten könnten.

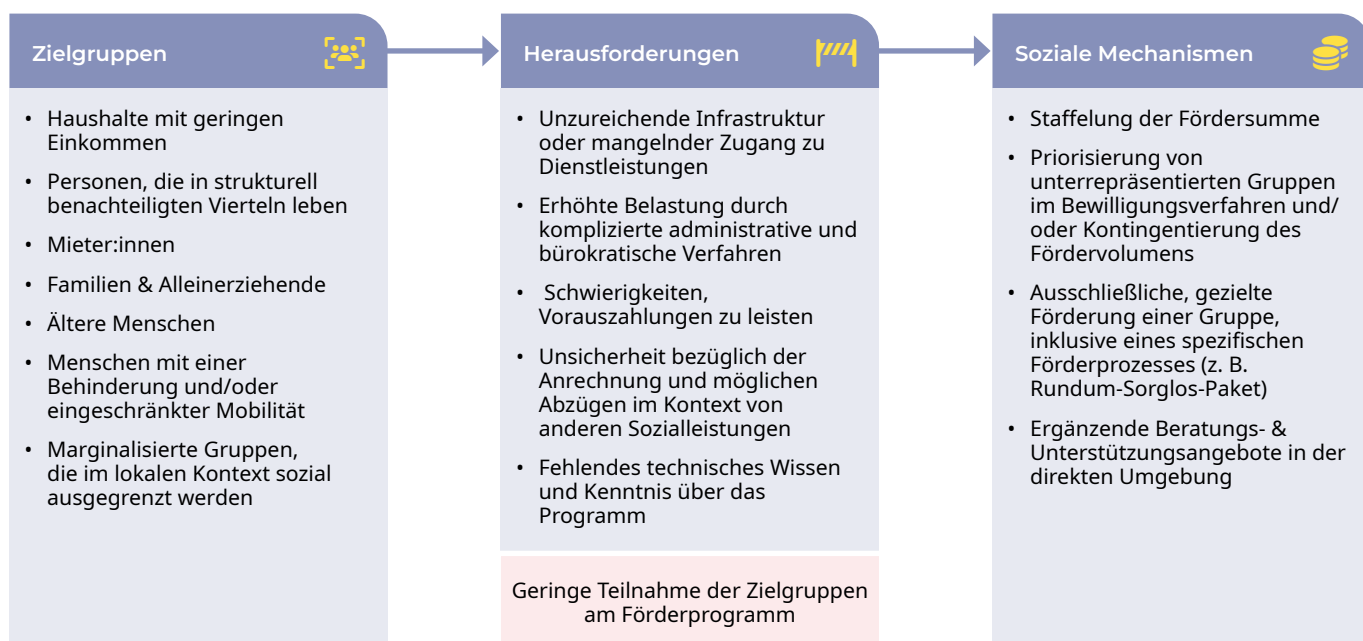


Abbildung 2: Zielgruppenfreundliche Ausrichtung von Förderprogrammen



Es gibt verschiedene Möglichkeiten, ein Förderprogramm im Hinblick auf die vordefinierten Zielgruppen sozial gerechter zu gestalten:

1. Ein sozial gerechter Ansatz bei Förderprogrammen kann direkt durch die **spezifische Unterstützung** (finanziell, technisch und emotional) einer vordefinierten Zielgruppe entstehen, die in die allgemeinen Förderstrukturen und -kriterien integriert ist (z. B. eine Lastenradförderung *nur für Familien*).
2. Ein gängiger Ansatz für offene Förderprogramme ist eine **zielgruppenspezifische bzw. einkommensabhängige Staffelung** der Förderbeträge, was bereits in verschiedenen Städten erfolgreich praktiziert wird. In diesen Fällen erhalten bestimmte Zielgruppen, häufig Antragsteller:innen mit niedrigerem Einkommen, eine höhere Fördersumme. Einige Städte nutzen dafür Einkommenstabellen, um den Zuschuss differenziert auf die verschiedenen Einkommensstufen abzustimmen. Die Berechtigung zum Erhalt höherer Förderbeträge hängt von bestimmten Nachweisen ab (z. B. dem finanziellen/familiären Status oder der Postleitzahl im Falle einer geografischen Ausrichtung), die während des Antragsverfahrens vorgelegt werden müssen. In der Regel sind diese höheren Fördersätze durch einen höheren Prozentsatz sowie einen höheren Höchstbetrag definiert. Während viele Städte einen **detaillierten Einkommensnachweis** fordern, bieten einige auch vereinfachte Verfahren an, um die Antragstellung zu erleichtern. Beispiele hierfür sind der Nachweis über den Bezug von Sozialleistungen, die Vorlage eines einkommensabhängigen Beitragsbescheids für die Kindertagesbetreuung oder die Berechtigung durch bestimmte Stadt- und Familienpässe⁸.
3. Um sicherzustellen, dass auch Gruppen jenseits der 'üblichen Verdächtigen' ausreichend Zeit haben, sich über Fördermöglichkeiten zu informieren und diese zu nutzen, können verschiedene Maßnahmen ergriffen werden, um das schnelle Aufbrauchen der Mittel durch das Windhundprinzip zu vermeiden. So könnten



Kommunen im Antragsverfahren spezielle **Priorisierungsmechanismen** einführen, etwa durch gestaffelte Antragszeiträume oder die Bereitstellung **separater Fördertöpfe** (Kontingentierung des Gesamtvolumens) für unterschiedliche Zielgruppen. Dies kann sowohl für wirtschaftlich benachteiligte Gruppen als auch für solche gelten, die nach geografischen Kriterien oder anderen Faktoren ausgewählt wurden.

4. Neben einer sozialen Komponente haben einige Kommunen auch verschiedene Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitskriterien als Förderbedingung oder Bonus in ihre Förderprogramme integriert. Im Falle einer Lastenradförderung könnten etwa die Nutzung von Ökostrom, die Abmeldung eines Pkw, die jährlichen gefahrenen Kilometer oder die gemeinsame Nutzung des Rads als Bonuskriterien gelten. Um das nachbarschaftliche Miteinander zu stärken, fördern einige Programme gezielt Nachbarschaftsgruppen, soziale Initiativen oder Genossenschaften. Dies reduziert die verbleibenden Kosten für Einzelpersonen und stärkt zugleich gemeinschaftliche Strukturen.

⁸ Viele Städte haben einen Städtepass (teilweise auch Sozial- oder Familienpass) eingeführt, der sich an Haushalte oder Familien mit geringem Einkommen richtet. Diese Karten ermöglichen den Zugang zu kulturellen und kommunalen Dienstleistungen zu ermäßigten Preisen. In einigen Städten erhalten berechtigte Haushalte den Pass automatisch, während in anderen Städten interessierte Einzelpersonen ihn erst beantragen müssen. Dies kann für die Antragsteller:innen einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeuten



Minimierung finanzieller Beiträge für Haushalte mit niedrigem Einkommen

Die Beantragung eines Zuschusses erfolgt in der Regel in den folgenden vier Schritten: 1) **Antrag** mit Kostenvoranschlag und Nachweis der Förderberechtigung; 2) **Genehmigung**; 3) **Kauf** und 4) **Rückerstattung**. Dieser Ansatz eignet sich jedoch nur begrenzt für Gruppen, die nicht in der Lage sind, im Voraus zu zahlen und auf die Rückerstattung zu warten, oder mit anderen Herausforderungen konfrontiert sind wie z. B. begrenzten technischen Kenntnissen über das beste Gerät für ihre Bedürfnisse und darüber, wo sie es kaufen können.

Diese Gruppen profitieren am meisten von einem Förderprogramm, das:

- Die Anforderung eines **finanziellen Beitrags** für einkommensschwache Gruppen *minimiert*;
- Ohne die Erfordernis von **Vorauszahlungen** oder Geldtransaktionen auskommt, z. B. durch eine direkte Zusammenarbeit mit örtlichen Anbietern;
- **Ratenzahlungen** und/oder direkte Rabatte (Gutscheine) *ermöglicht*;
- Den **Kauf von gebrauchten Gegenständen** oder Leasing erlaubt;
- **Ergänzendes Zubehör** oder Installationskosten fördert; und
- **Kontinuierliche Beratungs- und Serviceangebote** (Garantie, Wartung, eventuell Reparaturen) anbietet und technologische Pfadabhängigkeiten vermeidet.

Eine bewusste Integration dieser sozialen Komponenten in kommunale Klimaschutz-Förderprogramme kann dazu beitragen, systemische Barrieren für die identifizierten Zielgruppen zu beseitigen, die sie sonst demotivieren oder von der Teilnahme an Programmen abhalten würden.



© Fotografia Inc., iStock



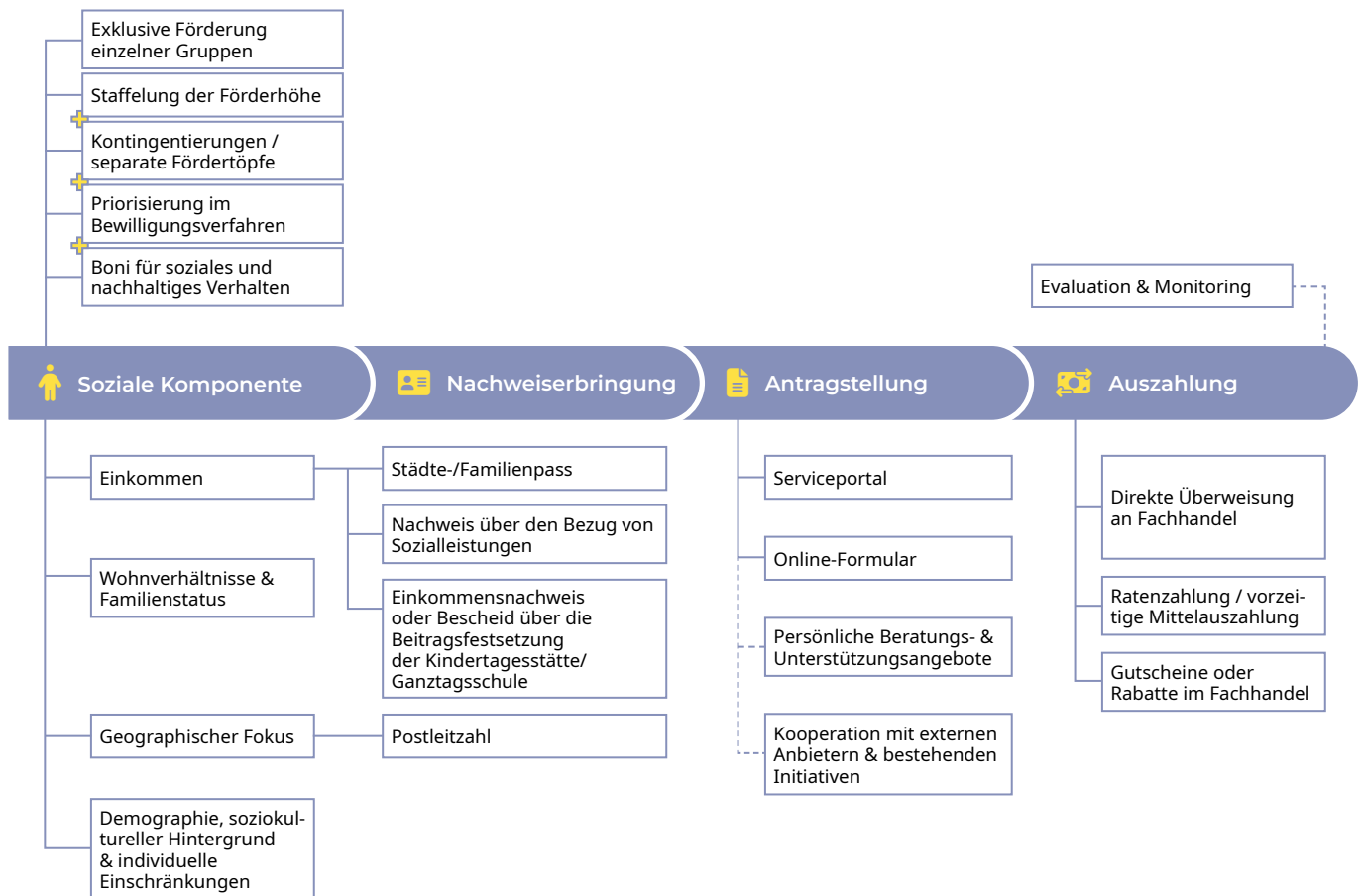


Abbildung 3: Entwicklung von Förderrichtlinien mit sozialen Komponenten

Während die Förderrichtlinien entwickelt werden und bevor das Programm dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt wird, kann es von Vorteil sein, andere relevante Interessengruppen wie lokale Unternehmen, Energieanbieter, Zivilgesellschaft und andere städtische Abteilungen einzubeziehen. Die Identifizierung und Vorbeugung potenzieller Interessenkonflikte (z. B. die Weigerung lokaler Wohnungsbaugesellschaften,

energetischen Maßnahmen zuzustimmen) sowie die Stärkung möglicher Synergien und Kooperationsmöglichkeiten mit lokalen Akteuren (z. B. mit der Abteilung für Wohnungswesen oder städtischen Energieunternehmen) können die zielgruppenspezifische Ausrichtung des Programms stärken und sicherstellen, dass es langfristige Vorteile für alle Mitglieder der Stadtgesellschaft bringt.





Zielgruppengerechte Anpassung der kommunalen Balkonsolar-Förderung

Als unterstützende Maßnahme zum örtlichen [Klimaneutralitätskonzept](#) hat die Stadt Ludwigsburg ein *Klimabonusprogramm* aufgelegt. Das Programm bietet unterschiedliche finanzielle Anreize zum Energiesparen sowie für klimafreundliches Sanieren und Wohnen an, welche von Beratungs- und Serviceangeboten flankiert werden. Das neu beschlossene Förderprogramm für **steckerfertige Solaranlagen** (Balkonsolar) ist ein Beispiel dafür, wie man den Zugang zu Fördermitteln über Eigenheimbesitzer hinaus erweitern und die Bedürfnisse von Gruppen mit geringem Einkommen berücksichtigen kann. Die kleineren 400- bis 800W Anlagen lassen sich leicht auf Balkonen, Außenfensterbänken oder Garagen installieren und ermöglichen in einer idealen Umgebung Energieeinsparungen von bis zu 35%.

Das ehemalige Förderprogramm der Stadt Ludwigsburg für Balkonsolar-Anlagen bot bereits höhere Zuschüsse für Inhaber der Ludwigsburg Card an. Doch während das Programm bei einkommensstarken Gruppen erfolgreich war, gab es nur wenige Anträge aus Haushalten mit geringem Einkommen.

In Zusammenarbeit mit den Stadtwerken und nach Rücksprache mit den örtlichen Behörden, Händlern und Sozialverbänden hat die Stadt ein neues System eingeführt, das ausschließlich den Inhabern der Ludwigsburg Card und ihren besonderen Bedürfnissen gewidmet ist. Diese Gruppe kann von einem '[Rundum-Sorglos-Paket](#)' profitieren, bei dem der **gesamte Installationsprozess** zentral abgewickelt wird und **alle damit verbundenen Kosten übernommen werden**, so dass das Gerät für die Antragsteller:innen völlig **kostenlos** ist. Berechtigte Haushalte müssen lediglich ihr Interesse bekunden und grundlegende Kontaktinformationen angeben. Der Kooperationspartner der Stadt setzt sich dann mit den Antragsteller:innen in Verbindung, um den Kauf und die Installation zu organisieren. Insgesamt deckt das Ludwigsburger Förderpaket im Vergleich zu den Zuschüssen anderer deutscher Städte deutlich höhere Kosten, während es die Antragstellung und Abwicklung erheblich vereinfacht.

Dieser erfolgreiche Ansatz mindert die wirtschaftlichen Bedenken und den Verwaltungsaufwand für die Antragsteller:innen und überbrückt den Mangel an technischem Wissen, während die Zusammenarbeit mit einem lokalen Kooperationspartner die erforderlichen Kapazitäten der städtischen Mitarbeitenden begrenzt. Das Paket hat letztlich zu einem Anstieg von Anträgen aus einkommensschwachen Haushalten geführt: Während im alten Verfahren innerhalb von 1,5 Jahren nur vier Anträge aus der Zielgruppe eingereicht und bewilligt wurden, wurden in den ersten neun Monaten nach Anpassung der Förderrichtlinie bereits 80 Balkonsolar-Anlagen bei Inhaber:innern der Ludwigsburg-Card installiert.



SCHRITT 3: UMSETZUNG & KOMMUNIKATION DES PROGRAMMS

Effektive Informations- weitergabe und Öffentlichkeitsarbeit



Folgende Maßnahmen tragen zu einer **unkomplizierten Antragstellung** bei:

- Abbau der bürokratischen Anforderungen und der für die Antragstellung erforderlichen Schritte
- Nutzung einer klaren und verständlichen Sprache sowie Bereitstellung ausführlicher Anleitungen zum Ausfüllen von Formularen
- Bereitstellung von zugänglichen Informationen auf verschiedenen Plattformen (online, analog und persönlich) sowie von Beratungs- und Unterstützungsangeboten
- Aufbau einer intuitiven und übersetzbaren Programmwebsite, die alle relevanten Informationen zum Programm und zur Antragstellung übersichtlich bündelt

Neben den vorgestellten Methoden zur Einbindung der Zielgruppen (s. Abbildung 1) beruht eine **integrative Kommunikation** auf:

- Vereinfachung der Sprache und Verfügbarkeit von Übersetzungen
- Bereitstellung von ansprechendem Informationsmaterial
- Angebot von wechselseitigen Dialogformaten, um Fragen auszutauschen und Feedback zu geben
- Nutzung einer vielfältigen Mischung von Kommunikationskanälen und -formaten, um verschiedene Zielgruppen zu erreichen und zu sensibilisieren
- Zusammenarbeit mit Multiplikator:innen, um Kernbotschaften zu vermitteln und einen transparenten Informationsfluss zu gewährleisten

ZENTRALE ERKENNTNIS



“Nicht verzagen, Neues wagen!”

Es kann schwierig sein, Netzwerke von Grund auf aufzubauen sowie die richtigen Multiplikator:innen zu finden und zur Zusammenarbeit zu gewinnen. Lassen Sie sich nicht entmutigen - bauen Sie auf früheren Initiativen auf, experimentieren Sie weiter und wenden Sie sich an unterschiedliche Gruppen der Zivilgesellschaft, um schrittweise längerfristige Verbindungen zu schaffen!

LEITFRAGEN



- *Wie wird eine klare und umfassende Kommunikation während des Bewerbungsverfahrens gewährleistet?*
- *Wie werden interessierte Mitglieder der Zielgruppe während des Bewerbungsverfahrens und danach unterstützt?*
- *Welche Formate werden verwendet, um die Zielgruppe anzusprechen?*

Um sicherzustellen, dass das Förderprogramm wirklich effektiv ist und die Zielgruppe wirksam erreicht, ist im nächsten Schritt die Planung einer gezielten und zugänglichen Informations- und Kommunikationskampagne entscheidend. Bei Ansprache eines diversen Publikums ist ein klarer und verständlicher Kommunikationsstil wichtig: dies bedeutet, Sprache zu vereinfachen und nach Möglichkeit Übersetzungen in relevante Sprachen bereitzustellen – sowohl für schriftliche Materialien, auf Online-Plattformen als auch in persönlichen Beratungsgesprächen. Falls pro-

fessionelle Übersetzungen und direkte sprachliche Unterstützung nicht möglich sind, kann der Gebrauch einfacher, fachjargonfreier Sprache den Rückgriff auf automatisierten Übersetzungstools erleichtern und die Verständlichkeit fördern. In diesem Fall kann eine Rücksprache mit dem Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung oder dem Medienteam der Stadt wertvolle Erkenntnisse über mögliche Kommunikationsstrategien liefern und Möglichkeiten für eine abteilungsübergreifende Zusammenarbeit bieten.

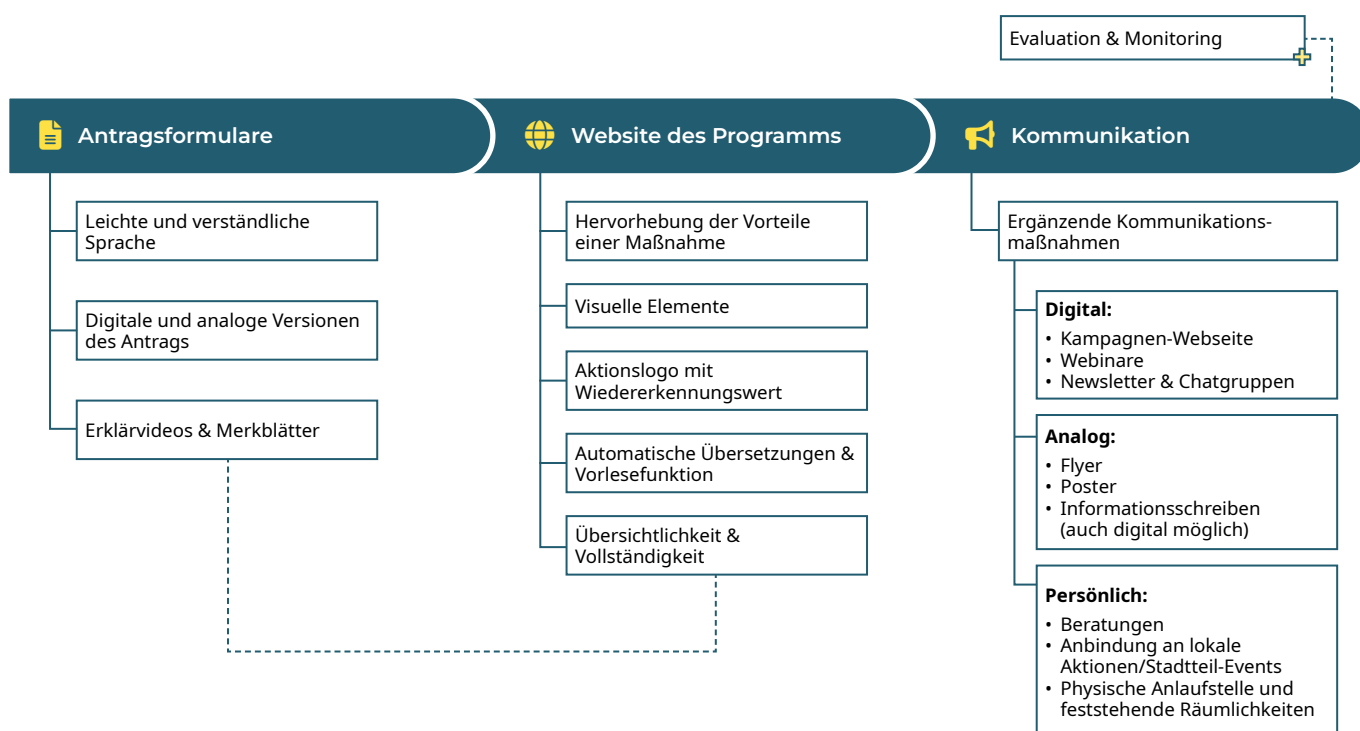


Abbildung 4: Maßnahmen zur effektiven Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Sicherstellung eines unkomplizierten Antragsverfahrens

Das Antragsverfahren eines Förderprogramms erfordert gezielte Informationen von den Teilnehmenden, darunter Kontaktdaten, Nachweise der Berechtigung (z. B. Wohnort und/oder Einkommen) sowie weitere demographische Daten, die für die in Schritt 1 festgelegten Monitoringprozesse relevant sind. Ein unkompliziertes Antragsverfahren ist dabei zentral, da es maßgeblich beeinflusst, ob interessierte Mitglieder der Zielgruppe auch tatsächlich am Programm teilnehmen.

Um die Zugänglichkeit zu erhöhen, sollten **Anleitungen und Antragsformulare** leicht auffindbar und verständlich gestaltet sein. Ein guter erster Schritt ist es, nur grundlegende Informationen abzufragen und eine **einfache, klare Sprache** zu verwenden. **Übersetzungen** in gängigen Sprachen können ebenfalls hilfreich sein, um Antragsteller:innen beim Ausfüllen der Formulare zu unterstützen. Der **Abbau bürokratischer Hürden**, die Vereinfachung von Prozessen und die Bereitstellung von unterstützenden Materialien wie **Erklärvideos und**



Merkbältern können die Quote erfolgreicher und vollständiger Anträge zusätzlich steigern. Während ein **digitales Antragsformular**, das nur die wichtigsten Informationen abfragt und das Hochladen von Dateien ermöglicht, den administrativen Aufwand reduzieren kann, sollte für Antragsteller:innen, die mit digitalen Tools nicht vertraut sind, auch eine **gedruckte Version** verfügbar sein.

Die **Programm-Website** spielt als zentrale Plattform eine entscheidende Rolle, da sie nicht nur alle Programminformationen bündelt, sondern dort auch der Bewerbungsprozess initiiert werden kann. Eine intuitive und benutzerfreundliche Navigation ist daher essenziell. Darüberhinaus sollte die Seite idealerweise **Übersetzungen** oder eine **Vorlesefunktion** anbieten, um Menschen mit verschiedenen Lese- und Sprachkenntnissen sowie visuellen Einschränkungen den Zugang zu erleichtern.

Für interessierte Bewerber:innen und Leser:innen, die mit dem Programm nicht vertraut sind oder die automatisierte Übersetzungen verwenden, ist es besonders wichtig, die Website so zu gestalten, dass alle relevanten Informationen auf den ersten Blick verfügbar sind. Zusätzliche Inhalte wie Videos oder erklärende Begleitdokumente können **direkt verlinkt** und leicht zugänglich platziert werden, um den Informationsfluss zu verbessern. Ein ansprechendes Design mit **visuellen Elementen** wie Bildern des Förderobjekts oder einem **markanten, einprägsamen Logo** verstärkt den Wiedererkennungswert des Programms und kann die Aufmerksamkeit auf die Website lenken. Angezeigte Inhalte sollten insbesondere die Vorteile einer Teilnahme am Programm hervorheben und kommunizieren (z. B. Kosteneinsparungen, Selbstständigkeit, Teil einer größeren Bewegung sein), um das Interesse zu wecken und einen Anreiz zur Bewerbung zu schaffen.

Ansprechende Kommunikation von Programminformationen

Eine konsistente und aktive Kommunikation zwischen Kommunalpolitikern, der Stadtverwaltung, Multiplikator:innen und der Zielgruppe ist entscheidend für den Erfolg eines Förderprogramms. Um die Sichtbarkeit zu erhöhen und ein wirksames Feedback zu gewährleisten, ist es sinnvoll, **interaktive öffentliche Austauschformate** sowie eine **integrative Kommunikationsstrategie** zu entwickeln. Niedrigschwellige **Informations- und Diskussionsangebote**, die mit kleinen Anreizen wie Gutscheinen, Verpflegung oder einer Aufwandsentschädigung zur Teilnahme an Sitzungen einladen, können die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung erhöhen und dabei helfen, den Nutzen eines Programms zu kommunizieren und es immer besser an die Realitäten der Zielgruppe anzupassen. Durch regelmäßige und transparente Kommunikation über verschiedene Kanäle, kombiniert mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit, bleibt das Netzwerk aus relevanten Akteuren fortlaufend informiert, es wird Vertrauen geschaffen und die langfristige Zusammenarbeit gestärkt.

Bei der Kommunikation mit unterschiedlichen Zielgruppen ist es wichtig, **verschiedene Kanäle** zu nutzen und **Informationsmaterial** bereitzustellen, das **sprachlich** und **kulturell sensibel** ist und stigmatisierende Ausdrücke vermeidet. Informationskanäle können Newsletter, Broschüren, Plakate, Zeitungsartikel, aber auch Ortsbegehungen oder Gemeindeveranstaltungen sein. Im Allgemeinen sind Kampagnen erfolgreicher, wenn sie **positive Botschaften** verwenden, die die Vorteile und Auswirkungen einer Maßnahme hervorheben (z. B. niedrigere Energierechnungen) und das kollektive Engagement für einen gerechten Klimaschutz betonen, anstatt die Menschen in Bezug auf ihr Handeln zu maßregeln⁹. Eine gemeinschaftliche Entwicklung von Schlüsselbotschaften, die den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen, sowie die Bereitschaft, Rückfragen zu beantworten, können letztlich dazu beitragen, dass Menschen ihre Zurückhaltung überwinden, Ressourcen investieren und sich an für die relevanten Förderprogrammen beteiligen.

⁹ Grothmann (2019); Moser (2009); Wohlschlager, Zeiselmaier, & Köppl (2020)



Wie in Schritt 1 erwähnt, können eine **Zusammenarbeit mit Multiplikator:innen** und eine **Schulung von Mitgliedern der Zielgruppe** den Zugang zu Programminformationen erleichtern und deren Verbreitung vereinfachen. Vertrauenswürdige Botschafter:innen, die der Bevölkerung nahe stehen, können ihre Erfahrungen mit dem Förderprogramm vermitteln und glaubwürdig teilen und damit die Motivation zur Teilnahme und das Bewusstsein für das Programm steigern. Schließlich können **proaktive Bemühungen** von Mitarbeitenden der Stadt durch ihre Sichtbarkeit im öffentlichen Raum, in den sozialen Medien und über Mitteilungsdienste die Reichweite erhöhen und wirksame Möglichkeiten zur Beteiligung bieten. Mobile Beratungstermine, Pop-up-Treffpunkte und flexible Anlaufstellen – sowohl online als auch offline – schaffen zusätzliche Kontaktmöglichkeiten und können die Antragszahlen aus der Zielgruppe erhöhen.

Darüber hinaus können Maßnahmen wie die Übersetzung relevanter Dokumente, das Bereitstellen von Dolmetschdiensten bei Veranstaltungen sowie die Organisation von Kinderbetreuung und die Bereitstellung von Snacks oder (kulturell angemessenem) Essen dazu beitragen, die **Beteiligung der Bevölkerung möglichst barrierefrei und einladend** zu gestalten. Ebenso wichtig ist die Auswahl barrierefreier Treffpunkte zu günstigen Zeiten, um möglichst viele Interessierte zu erreichen. Die Förderung von sicheren Räumen und niedrigheligen Treffpunkten erleichtert die Teilnahme und ermöglicht es Mitgliedern der Zielgruppe, sich untereinander, mit der Stadtverwaltung und mit dem Thema Klimaschutz auseinanderzusetzen.





© City of Almada

Zusammenarbeit mit der örtlichen Bevölkerung bei der Umsetzung von Klimaschutzprogrammen

Als Teil ihres Plans, klimaneutral zu werden, hat die Stadt Almada in energieeffiziente Lösungen investiert (z. B. Dämmung, hybride Solar- und thermische Photovoltaik-Installationen sowie Warmwasser Heizsysteme) und Prozesse zur [gemeinschaftlichen Energienutzung](#) eingeführt, um sogenannte 'Renewable Energy Hubs' zu schaffen. Im Rahmen des EU-Projekts [Sun4All](#) und des Projekts [Ponto de Transição](#) wendet die Stadt **integrative Kommunikationstechniken** an und bietet den Bewohner:innen der Fokusviertel verschiedene **Möglichkeiten zur Beteiligung**. Während der gesamten Dauer des Projekts arbeitete die Abteilung für Umwelt und Energie eng mit der städtischen Wohnungsbaubehörde zusammen, um Anwohner:innen zielgerichtet anzusprechen und zu erreichen.

Die Bewohner:innen können nun von einer **Senkung der Energiekosten** durch die Installation von Photovoltaikmodulen auf den Dächern umliegender Gebäude profitieren und erhalten durch Workshops und Begehungen gleichzeitig Beratung und Schulung zu Energieeffizienzmaßnahmen und dem Energiemanagement in den eigenen vier Wänden.

Während des Sun4All-Projekts arbeitete die Stadt mit einem örtlichen Gemeindezentrum zusammen und richtete Mentoren- und Partnerschaftsprogramme ein. Diese tragen bis heute dazu bei, dass Anwohner:innen eine Anlaufstelle in ihrer Nähe haben, um weitere Informationen über die kommunalen Maßnahmen zur Energiewende zu erhalten, ihr Feedback auszutauschen und mit der Stadtverwaltung in Kontakt zu treten. Die Stadt baut ein **Netzwerk aus zehn Kontaktpersonen** aus früheren Programmen auf, die als **vertrauenswürdige Botschafter:innen** fungieren und Begehungen und Workshops leiten. Im Rahmen von Ponto de Transição unterhält Almada zukünftig einen **mobilen Treffpunkt** - ein kleines Büro in einem umgebauten Frachtcontainer -, der an öffentlichen Plätzen unterwegs ist und es den Bewohnern ermöglicht, sich mit der Stadt auszutauschen und zu informieren. Bei allen Maßnahmen verwendet Almada einfaches und prägnantes Informationsmaterial, um Bürger:innen zu mobilisieren.

Aufbauend auf entstandenen Partnerschaften und gewonnenen Erkenntnissen aus diesen Initiativen, plant die Stadt eine Einführung weiterer Programme zur gemeinschaftlichen und sozial gerechten Energieerzeugung.



SCHRITT 4: PROGRAMMBEWERTUNG & -WEITERENTWICKLUNG

Monitoring, Datenerhebung und Verstetigung

Ein **umfassender und ganzheitlicher Ansatz** für die Bewertung und Weiterentwicklung von Förderprogrammen beinhaltet:

- *Reflexion der Ergebnisse auf Grundlage der vordefinierten Indikatoren.* Dies ist wichtig, um die Fortschritte zu überprüfen und zu bewerten, ob das Förderprogramm seine Ziele in Bezug auf soziale Gerechtigkeit erreicht. Die Datenerhebung und das Monitoring der Indikatoren sind fortlaufende und iterative Prozesse.
- *Sammeln von Daten und Feedback von Bewerber:innen und Mitgliedern der Zielgruppe.* Dies kann dazu beitragen, das Programm kontinuierlich zu verbessern und die Beteiligung zu erhöhen.
- *Ehrliches Hinterfragen der Prozesse (was funktioniert und was nicht).* Hier werden wichtige Erkenntnisse gewonnen, die in die Überarbeitung der Förderrichtlinien für kommende Runden eines bestehenden Förderprogramms oder die Gestaltung zukünftiger Förderprogramme einfließen können.
- *Transparente Evaluierung und Kommunikation der Programmresultate sowie der Austausch von Erkenntnissen innerhalb der Stadtverwaltung.* Dies kann dazu beitragen, systematische und integrative Ansätze zur Gestaltung sozial gerechter Förderprogramme zu verstetigen.

ZENTRALE ERKENNTNIS



“Auf zu neuen Ufern!”

Förderprogramme sollten kontinuierlich weiterentwickelt und an zukünftige Antragszeiträume angepasst werden. Flexibilität ist dabei entscheidend: Passen Sie das Programm auf Basis neuer Forschungserkenntnisse, Feedback aus der Bevölkerung und sich verändernder lokaler Prioritäten an. So können Sie sicherstellen, dass das Programm stets den aktuellen Bedürfnissen der Zielgruppen gerecht wird und langfristig seine Wirksamkeit behält.

LEITFRAGEN



- *Wie werden Daten gesammelt, um das Programm zu überwachen und zu verfeinern?*
- *Welche Indikatoren werden während des gesamten Programms verwendet?*
- *Wie kann das Lernen konsolidiert und systematisch in die Stadtverwaltung integriert werden?*
- *Welche Plattformen werden für die Kommunikation von Ergebnissen und Erkenntnissen genutzt?*

Beobachtung von Indikatoren

Auch während das Programm läuft, sollte es kontinuierlich anhand der aus den Anträgen und dem Feedback der Zielgruppen gesammelten Daten optimiert werden. Die **Reflexion auf Grundlage der vordefinierten Indikatoren** spielt dabei eine entscheidende Rolle, um Fortschritte nachzuverfolgen und zu bewerten, ob das Förderprogramm seine Ziele erreicht. Datenerhebung und Beobachtung der Indikatoren sind fortlaufende und dynamische Prozesse, bei denen die Indikatoren flexibel angepasst oder bei Bedarf ersetzt werden können.

In der Praxis fehlt häufig die Datengrundlage, auf denen Indikatoren aufbauen könnten, und der Zugang zu relevanten Daten variiert je nach Stadt. Manche positiven Ergebnisse, wie die verstärkte Installation von Solaranlagen auf Balkonen in einem bestimmten Stadtviertel, können in Bezug auf die gesamten CO₂-Emissionen der Stadt nur einen begrenzten Effekt haben. Fortschritte in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, wie die stärkere soziale Teilhabe oder der verbesserte Umgang mit neuen Technologien im Wohnumfeld, sind oft schwer quantifizierbar, was Flexibilität im Umgang mit den Indikatoren erfordert.

MÖGLICHE INDIKATOREN ZUR MESSUNG VON FORTSCHRITTEN AUF VERSCHIEDENEN EBENEN



BASIS-INDIKATOREN die die allgemeinen Ziele des Förderprogramms widerspiegeln und messen

- Anzahl der Haushalte, die an einem Förderprogramm teilnehmen
- Gesamtmenge oder Prozentsatz der durch das Programm eingesparten CO₂-Emissionen
- Nutzung der finanzierten Förderobjekte (z. B. zurückgelegte Strecke oder erzeugte Energie).
- Anzahl der Haushalte, die energiesparende Verbesserungen durchführen (z. B. Dämmung, Kauf energieeffizienter Geräte)
- Anzahl der Haushalte mit Zugang zu Lastenrädern durch individuellen / gemeinsamen Kauf
- Anzahl der Haushalte, die Elektrofahrzeuge oder Ladeinfrastruktur kaufen
- Prozentsatz oder Anzahl der begrünten Dachflächen im Zielgebiet
- Anzahl der Stadtbäume bzw. prozentualer Anteil der Baumkronenbedeckung im Zielgebiet

PROGRAMMGERECHTIGKEITS-INDIKATOREN die die Ergebnisse des Förderprogramms und der implementierten Maßnahmen hinsichtlich des Aspekts der sozialen Gerechtigkeit bewerten

- Anzahl der Haushalte aus der Zielgruppe, die an dem Förderprogramm teilnehmen
- Demografische Daten der Einwohner:innen, die sich für das Förderprogramm bewerben
- Demografische Daten der Einwohner:innen, denen ein Zuschuss gewährt wurde
- Prozentsatz der neuen Antragsteller:innen (Einwohner:innen, die noch keine Förderprogramme im Bereich Nachhaltigkeit o. ä. beantragt haben)
- Anzahl der Förderrichtlinien und Antragsbedingungen, die geändert wurden, um Faktoren der sozialen Gerechtigkeit zu berücksichtigen
- Anzahl der Zielgruppenmitglieder, die befragt wurden oder an Gesprächen mit lokalen Multiplikator:innen teilgenommen haben, um ihre spezifischen Bedürfnisse, Kenntnisse und Interessen in Bezug auf das Förderprogramm zu ermitteln
- Anzahl der Bewohner:innen der Zielgruppe, die zu programmbezogenen Aktivitäten eingeladen wurden und daran teilnehmen
- Verfügbarkeit von mehrsprachigen und barrierearmen Informationen über Förderprogramme (einschließlich der Antragsdokumente, Website und Kommunikationsmaterialien)





SOZIAL-INDIKATOREN zur Unterstützung der Identifizierung von Zielgruppen und zur Beobachtung der breiteren Auswirkungen von Gleichstellungsmaßnahmen in der Stadt

- Anzahl der in den Zielbezirken eingerichteten Foren/Räte/zivilgesellschaftlichen Governance-Prozesse und Anzahl der daran teilnehmenden Zielbevölkerung
- Mittleres Haushaltseinkommen pro Zielgruppe oder Bezirk
- Mittleres verfügbares Einkommen pro Zielgruppe oder Bezirk
- Anteil der Haushalte in sprachlicher Isolation pro Bezirk
- Energiebelastung: Prozentualer Anteil des Haushaltseinkommens, der für energiebezogene Ausgaben pro Zielgruppe oder Bezirk ausgegeben wird
- Prozentualer Anteil der Zielbevölkerung mit Zugang zu erneuerbaren Energiequellen (z. B. Solarmodulen) oder Verteilung erneuerbarer Energie in den Bezirken
- Gesamtenergieverbrauch in kWh pro Kopf oder Haushalt der Zielbevölkerung
- Wohnkostenbelastung (Verhältnis zwischen Einkommen und Ausgaben der Zielbevölkerung)
- Prozentualer Anteil der Zielbevölkerung, die zur Miete wohnt, im Vergleich zum Anteil der Eigentümer
- Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und nachhaltigen Mobilitätsoptionen nach Einkommensniveau
- Verhältnis Einkommen/Transportkosten für die Zielbevölkerung



Die finale Auswahl der Indikatoren hängt vom spezifischen Ziel des Förderprogramms ab sowie von der Verfügbarkeit relevanter Daten. Die Indikatoren werden im Kontext eines spezifischen Zeithorizonts relevant.

Die im **Antragsverfahren erhobenen Daten** können wertvolle Einblicke in die Wirksamkeit des Förderprogramms geben und helfen, potenzielle Zugangsbarrieren aufzudecken. Hinweise auf eingeschränkte Zugänglichkeit könnten eine niedrige Teilnahmequote der Zielgruppen, unvollständige Anträge, wiederkehrende Missverständnisse, eine hohe Zahl an Unterstützungs-Anfragen, ein hoher Zeitaufwand für das Ausfüllen der Formulare oder eine intensive Nutzung von Erklärmaterialien sein. Informationen, die über digitale Plattformen wie Antragsportale oder die Programmwebsite erhoben werden, können ebenfalls helfen, Fallstricke zu erkennen und die Prozesse gezielt zu optimieren. Abhängig von vorhandenen Personalkapazitäten kann zusätzlich erwogen werden, den Antragstellenden Feedback-Formulare zu senden oder sie zu persönlichen Gesprächen einzuladen, um weitere Erkenntnisse zu ihren Erfahrungen und Bedürfnissen zu sammeln.



© bluecinema, iStock.com



Diese antragsbezogenen Erkenntnisse können genutzt werden, um notwendige Anpassungen in der Programmgestaltung und -kommunikation zu ermitteln, z. B. das Angebot von Übersetzungen auszuweiten oder zusätzliche Anleitungen bereitzustellen. Eine solche reflexive Praxis kann das Programm stärken und seine Wirksamkeit und Inklusivität erhöhen.

Verstetigung neu gewonnener Erkenntnisse

Nach jeder Förderperiode oder wenn ein Förderprogramm nicht verlängert wird, ist die Überprüfung der Prozesse hinsichtlich ihrer Praktikabilität und Effektivität ein wichtiger Schritt, da er zur **Überarbeitung der Förderrichtlinien** für zukünftige Runden eines bestehenden Programms oder zur verbesserten Gestaltung neuer Förderprogramme beitragen kann. Ein Austausch zwischen städtischen Abteilungen zu effektiven Maßnahmen und zielgruppenbezogenen Erkenntnissen fördert zudem ein umfassenderes Verständnis von sozialer Gerechtigkeit und kann Förderprogramme in allen thematischen Bereichen verbessern. Eine systematische Reflexion von Gerechtigkeitskriterien bei der Beantragung neuer Förderprogramme (etwa beim Stadtrat) kann zudem helfen, soziale Gerechtigkeit langfristig zu verankern. Weitere Schritte zur Förderung einer Lern- und Bewusstseinskultur sowie zur Sensibilisierung für Gerechtigkeitsüberlegungen in der gesamten Verwaltung könnten die Einrichtung einer **abteilungsübergreifenden Arbeitsgruppe, regelmäßige Austauschrunden** oder **gezielte Schulungen** für Mitarbeitende sein.



© I.CLEI World Secretariat

Zuletzt ist es entscheidend, die während der Projektphase aufgebauten Beziehungen zur Bevölkerung und Zivilgesellschaft zu stärken und zu pflegen, um eine kontinuierliche Kommunikation sicherzustellen und den Aufbau von Netzwerken zu fördern.

Berichterstattung und Kommunikation von Ergebnissen

Die anhand der Indikatoren gesammelten Daten und im Programmverlauf gewonnenen Erkenntnisse können analysiert und zur Erstellung regelmäßiger Berichte über den Projektfortschritt sowie die Ergebnisse im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit genutzt werden. Die Ergebnisse und Erfolge sollten dabei relevanten Akteuren, politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit in Form von Berichten, Präsentationen und über weitere Kommunikationskanäle zugänglich

gemacht werden. In diesem Zuge ist es wichtig, sowohl die erreichten Erfolge als auch Bereiche mit Verbesserungspotenzial transparent darzustellen (z. B. Anzahl der Anträge aus der Zielgruppe, Auswahlverfahren oder Unterstützungsbedarf der Zielgruppe). Dieser offene Ansatz stellt sicher, dass die Bevölkerung und relevante Interessengruppen informiert bleiben und weiterhin aktiv eingebunden werden.





Erhebung von Zielgruppendaten und Anwendung stadtspezifischer Indikatoren zur Weiterentwicklung von Förderprogrammen

Die Stadt Dortmund hat ein gestaffeltes Förderprogramm für steckerfertige Solarmodule initiiert, um einkommensschwachen Haushalten den Zugang zu erneuerbarer Energie zu erleichtern. Trotz bereits umfangreicher soziodemografischer Daten war unklar, inwieweit diese Daten mit den Anträgen von Haushalten mit niedrigem Einkommen korrelieren. Daher nutzt die Stadt das Förderprogramm, um zusätzliche Daten über die Bedürfnisse dieser Zielgruppe zu erheben und die Zahl erfolgreicher Anträge zu steigern, während sie genau beobachtet, wie Anpassungen des Programms die Zugänglichkeit verbessern können.

Um die **Zugänglichkeit** ihres **Förderprogramms** zu **bewerten**, entwickelte die Stadt Dortmund zunächst einen kurzen Feedback-Fragebogen, der dem Antragsformular beigelegt wurde. Dieser wurde im Rahmen der aktuellen Förderrunde erstellt, um zu bewerten, wie die Teilnehmer:innen den Bewerbungsprozess in Bezug auf die Kommunikation des Programms und den Zugang zu relevanten Informationen erlebten (z. B. wie die Bewerber auf das Programm aufmerksam wurden). Die Stadt bat auch um Vorschläge für andere Kanäle, über die das Förderprogramm beworben werden könnte.

Neben der Gesamtzahl der Anträge und dem Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen überprüft die Stadt die Klickzahlen auf übersetzten Websites sowie die Rückmeldungen der Antragstellenden zu sprachlichen Barrieren, um die barrierearme Zugänglichkeit des Förderprogramms kontinuierlich zu bewerten. Auf diese Weise kann die Stadtverwaltung die **Prozesse optimieren** und interessierten Personen **zusätzlich gezielte Unterstützung** anbieten.

Weiterhin plant die Stadt Dortmund in Zusammenarbeit mit der örtlichen Universität eine **umfassende Studie**, um vertiefte Einblicke in die Prioritäten und Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen zu gewinnen und die Herausforderungen zu verstehen, die diese bei der Umsetzung erleben. Die Erkenntnisse aus dieser Studie sollen in die Gestaltung künftiger Programme einfließen und dazu beitragen, soziale Gerechtigkeit noch stärker zu berücksichtigen.



Literaturhinweise

- Adua, L. (2022). Super polluters and carbon emissions: Spotlighting how higher-income and wealthier households disproportionately despoil our atmospheric commons. *Energy Policy*, 162, 112768.
- Akenji, L., Bengtsson, M., Toivio, V., Lettenmeier, M., Fawcett, T., Parag, T., Saheb, Y., Coote, A., Spangenberg, J.H., Capstick, S., Gore, T., Coscieme, L., Wackernagel, M. & Kenner, D. (2021). 1.5-degree lifestyles: Towards a fair consumption space for all. *Hot or Cool*.
- Bouyé, M., O'Connor, D. A. V. I. D., Tankou, A., Grinspan, D., Waskow, D., Chattopadhyay, S., & Scott, A. (2021). Achieving social equity in climate action: Untapped opportunities and building blocks for leaving no one behind. *World Resources Institute Working Paper*.
- Grothmann, T. (2017). Was motiviert zur Eigenvorsorge?: Motivationseffekte von Beteiligungsprozessen in der Klimawandelanpassung. *Umweltbundesamt*.
- Gu, Y. (2023). The Elderly in The Context of Energy Poverty. *Highlights in Business, Economics and Management*, 5, 78-85.
- ICLEI (2024): Chancengleichheit im Klimaschutz. Policy Paper zur gerechten Teilhabe von Grundsicherungsempfänger:innen an kommunalen Förderprogrammen. Bonn/Freiburg.
- McGinn, M. M. (2009). Inclusive Outreach and Public Engagement Guide. *Race and Social Justice Initiative: Seattle, DC, USA*.
- Moser, S. C. (2009). Communicating climate change: history, challenges, process and future directions. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change*, 1(1), 31-53.
- OECD (2022), OECD Guidelines for Citizen Participation Processes, OECD Public Governance Reviews, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/f765caf6-en>.
- Oehlmann, M., Linsenmeier, M., Kahlenborn, W., Götting, K., Klaas, K., Ciroth, A., Bunsen, J. & Roszbach, M. (2021). Wirkungen veränderter Einkommen auf den Ressourcenverbrauch: Abschlussbericht. *Umweltbundesamt*.
- Robinson, C. (2019). Energy poverty and gender in England: A spatial perspective. *Geoforum*, 104, 222-233
- Wohlschlager, D., Zeiselmaier, A., & Köppl, S. (2020). Intrinsische Anreize zur aktiven Teilnahme am Energiesystem der Zukunft-Nachhaltige Energiewende durch individuelle Motivation. *BWK-Das Energie Fachmagazin Ausgabe*, 3. FFE.



ÜBER DAS INCLU:DE PROJEKT

[INCLU:DE - Sozial gerechter Klimaschutz vor Ort](#) wird von ICLEI - Local Governments for Sustainability durchgeführt und von der Stiftung Mercator gefördert. In fünf deutschen Städten werden Klimaschutzmaßnahmen im Hinblick auf verbesserte Teilhabe weiterentwickelt. Das Projekt unterstützt die Umsetzung vor Ort und fördert den Dialog, um besser zu verstehen, wie insbesondere unterrepräsentierte Gruppen besser vom Klimaschutz profitieren können. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Frage, wie eine faire und gerechte Verteilung von Ressourcen und eine integrative Ausgestaltung von Förderprogrammen erreicht werden können.

Sozial gerechte Klimamaßnahmen in INCLU:DE-Städten

Die Städte Bonn, Heidelberg, Ludwigsburg, Dortmund und Essen nehmen an INCLU:DE teil um die Berücksichtigung von Aspekten der sozialen Gerechtigkeit in ihren lokalen Klimainitiativen zu verbessern. Diese Initiativen decken wichtige Bereiche wie Energie, Mobilität, Wohnen und Stadtentwicklung ab. Zusammenarbeit mit den internationalen Vorreiterstädten Almada, Kaohsiung, Malmö, Rosario und San José trägt dazu bei, dass bewährte Verfahren und innovative Ansätze international verankert und angewendet werden können.



Weitere Informationen finden sich auf der [INCLU:DE website](#).

AUTORINNEN Annika Dörrhöfer, ICLEI World Secretariat
Rebecca Wessinghage, ICLEI World Secretariat

MITWIRKENDE Dr. Magash Naidoo, ICLEI World Secretariat
Olga Horn, ICLEI World Secretariat
Daniel Botha, ICLEI European Secretariat
Emily West, ICLEI European Secretariat
Jannis Niethammer, ICLEI European Secretariat

Kontaktpersonen der INCLU:DE Projektstädte:

Dr. María del Pilar Bueno Rubial, Stadt Rosario
Alexandra Castro, Stadt Almada
Christopher Sadlowski, Stadt Dortmund
Lena Völlinger, Stadt Ludwigsburg

DESIGN Olga Tokareva, ICLEI World Secretariat

TITELBILD ©Astrid Gast, Adobe Stock

HERAUSGEBER ICLEI – Local Governments for Sustainability e.V.
Kaiser-Friedrich-Straße 7 • 53113 Bonn, Deutschland
www.iclei.org

COPYRIGHT ©2024 ICLEI - Local Governments for Sustainability e.V. Alle Rechte vorbehalten. Das ICLEI World Secretariat hält das Urheberrecht an dieser Publikation, einschließlich Text, Analysen, Logos und Layout-Designs. Anfragen zur Vervielfältigung oder zum Zitieren von Material in Teilen oder im Ganzen sind an circular.development@iclei.org zu richten. ICLEI ermutigt zur Nutzung und Verbreitung dieser Toolbox; die Erlaubnis, dieses Material ohne Änderungen zu vervielfältigen, wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos erteilt.

ZITATION Diese Veröffentlichung sollte zitiert werden als: ICLEI (2024). Toolbox Klimagerechtigkeit. Ein Leitfaden zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit in kommunalen Förderprogrammen. Bonn/Freiburg.

